

„Wenn türkische Minister vom `heiligen Krieg´ in Europa träumen...“

Erdogans Propagandaoffensive entlarvt deutsche und europäische Lebenslügen

Die Türkei schlägt gegenüber Europa und Deutschland eine Rhetorik an, als befände man sich im Kriegszustand. Das ist inzwischen wörtlich zu nehmen:

- ❖ Nach der Wahl in den Niederlanden kündigte der türkische Außenminister *Dr. Mevlüt Çavuşoğlu* (49) Europa für die nahe Zukunft „*heilige Kriege*“ an. „*Ihr führt Europa in den Abgrund*“, drohte er.

Europa werde schon lernen, wie man mit der Türkei umzugehen habe, sagte *Dr. Çavuşoğlu*. Andernfalls werde die Türkei es Europa beibringen. „*Ihr werdet von Eurem befehlenden Diskurs absehen. Die Türkei befiehlt*“, sagte er. Die Türkei sei die „*Umma*“, die weltweite Gemeinschaft von „*zwei Milliarden*“ Moslems. „*Deshalb könnt Ihr mit der Türkei nicht im Befehlston sprechen. Ihr müsst anständig reden, Ihr könnt um etwas bitten.*“

Das ist nur zum Teil Wahlkampfretorik, die bei Erdogan-Anhängern gut ankommt. Der türkische Präsident braucht im April ein „*Ja*“ in der Volksabstimmung, um per Verfassungsänderung ein Präsidialsystem einzuführen, in dem er autoritär per Dekret regieren kann. Die Zustimmung einer Mehrheit ist keineswegs ausgemacht; auch deswegen schickt er sein Kabinett in eine Offensive von Wahlkampfauftritten in allen europäischen Staaten mit relevanter auslandstürkischer Bevölkerung, um seine besonders treuen Wähler zu mobilisieren.

Angesichts dieser Offensive bieten Deutschland und Europa ein klägliches Bild: Der türkische Staatspräsident *Recep Tayyip Erdogan* (63) rüpelt Europas Regierungen mit unflätigen „*Nazi*“-Pöbeleien an und hetzt zum Aufstand. In den Niederlanden, Deutschland und Frankreich toben wütende Türken in einem Meer türkischer Fahnen gegen ihre Gastländer.

Unter dem Dauerfeuer der türkischen Provokationen und anmaßenden Forderungen nach unbegrenzten Wahlkampfauftritten ihrer führenden Vertreter auf dem Gebiet von EU-Staaten, brechen deutsche und europäische Lebenslügen wie ein Kartenhaus zusammen.

Von europäischer „*Solidarität*“ kann kaum noch die Rede sein, seit Berlin das Hilfeersuchen der niederländischen Regierung, die Durchreise der türkischen Familienministerin zu einem verbotenen Auftritt in Rotterdam zu verhindern, glatt ignoriert hat. Die von Den Haag ausgewiesene Ministerin kehrte im Triumphzug in einer dunklen Limousine mit deutschem Behördenkennzeichen nach Köln zurück und ließ sich von „*ihrem*“ Volk frenetisch feiern.

Zeitgleich bot das deutsche Staatsfernsehen dem türkischen Sportminister *Akif Çacatay Kılıç* (40) eine Bühne, um in türkischer Sprache mit seinem Chef in Ankara abgesprochene Propagandabotschaften an die eigenen Landsleute zu senden,

während der Kanzleramtsminister *Peter Altmaier* (58) hilflos mit Schweißperlen auf der Stirn daneben saß. Papierene Mäßigungsappelle der EU an die Adresse Ankaras wurden dort als „wertlos“ abgetan, weil sie von keinerlei Sanktionsdrohung begleitet waren.

Aufgeflogen ist auch die deutsche Integrationslüge:

- ❖ die Eingliederung eines beachtlichen Teils der türkischen Bevölkerung in die deutsche Gesellschaft ist ganz offensichtlich gescheitert. Die erste Loyalität von Hunderttausenden Türken, selbst wenn sie hier geboren sind, gilt dem Staatsoberhaupt der Türkei. Der deutsche Pass, noch dazu, wenn er als Doppelpass großzügig und ohne Gegenleistung nachgeworfen wurde, ist eher nützliches Accessoire denn Ausdruck tieferer Identifikation.

Zuletzt wurde auch in Deutschland zaghaft über Einreiseverbote gegen türkische Regierungsmitglieder nachgedacht. Die wahlkämpfende CDU-Ministerpräsidentin des Saarlandes *Annegret Kramp-Karrenbauer* (54) hat inspiriert vom PR-Erfolg des Niederländers *Mark Rutte* (50) ein Auftrittsverbot erlassen, obwohl dort keine Veranstaltungen geplant waren.

Das alles bleibt Schaufensterpolitik, wenn Deutschland gleichzeitig bereitwillig die Infrastruktur für die Durchführung des Verfassungsreferendums unter den hier lebenden Türken zusichert und die Untersagung von Politiker-Auftritten, die regelmäßig unter Verheimlichung des wahren Zwecks angemeldet werden, weiter den lokalen Behörden überlassen bleibt.

Zuletzt hat auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass es keinen Rechtsanspruch türkischer Politiker auf hoheitliche Auftritte in Deutschland gibt und die Bundesregierung für Einreise- und Auftrittsverbote zuständig ist. Die Passivität der Bundesregierung gegenüber türkischen Zumutungen grenzt mittlerweile an Staatsversagen.

Hintergrund ist die dreifache Erpressbarkeit, in die sich die deutsche Politik gegenüber der Türkei begeben hat: Aktuell durch den „*Flüchtlingsdeal*“ mit der Türkei, mit dem die EU auf deutsches Betreiben die Kontrolle der Einwandererströme an die Türkei delegiert hat. Zudem rächt sich jetzt eine Nicht-Integrationspolitik, die jahrzehntelang sehenden Auges das Entstehen einer türkischen „*Fünften Kolonne*“ in Deutschland zugelassen hat. Mit Ansage:

- ❖ Erdogan selbst hat schon 2010 in Köln jede Assimilation zum „Verbrechen“ erklärt.

Dritter Schwachpunkt ist die Nibelungentreue zur Nato-Strategie der Einbindung der Türkei um jeden Preis, um deren Annäherung an Russland zu verhindern. Ein Anachronismus aus dem Kalten Krieg; nicht einmal für die USA selbst hat die Eindämmung Russlands noch oberste Priorität. Da scheint es sinnlos, deutsche Soldaten in Ingirlik als Geiseln einer türkischen Politik zu belassen, die Deutschland mit Besuchsverboten noch zusätzlich demütigt.

Deutschland muss nach eigenen Interessen handeln; dazu gehört auch, die eigenen Grenzen wieder selbst zu schützen, um die türkischen Erpressungs-

drohungen mit der Migrationswaffe zu entwerten. Nicht minder dringend ist die innenpolitische Kehrtwende.

Doppelpass und automatische Einbürgerungen sind ein Irrweg, der nicht Integration, sondern die Entstehung eines Staats im Staate befördert. Das in NRW geplante Wahlrecht für alle Türken ist in diesem Licht staatspolitischer Selbstmord aus kurzsichtiger Parteitaktik.

Treibende Kraft der dauerhaften Entfremdung der türkischen Wohnbevölkerung ist der von Ankara ferngesteuerte Moscheeverband *Ditib* mit seinem direkten Propaganda-Zugriff auf Schüler und Moscheebesucher; ihre Aktivitäten sollten verboten werden, statt sie mit Steuergeld und Staatsverträgen zu hofieren, während assimilierte, säkulare Türken, die unsere Verfassung engagiert verteidigen, wie Stiefkinder behandelt werden.

► **Der „*anatolische Tiger*“ ist längst als Bettvorleger gelandet**
Wirtschaftlich braucht die Türkei Europa dringender als Europa die Türkei

Das arrogante Auftreten des türkischen Staatspräsidenten und die Nachgiebigkeit Berlins stellt die wahren Kräfteverhältnisse auf den Kopf. Deutschland ist, trotz aller Mühlsteine, die seine Regierung ihm mutwillig um den Hals bindet, noch immer die stärkste Volkswirtschaft des Kontinents; *Erdogans* Türkei steht am Rande des ökonomischen Abgrunds.

Das auf Pump gebaute türkische Schein-Wirtschaftswunder platzt, die verfallende Landeswährung macht die hohe Auslandsverschuldung von Staat und Privatleuten zur Falle. Ankara braucht Europas und vor allem Deutschlands ökonomisches Wohlergehen. *Erdogans* Rüpelei ist ein Pokerspiel, das auf Schwäche und Uneinigkeit des Gegenübers spekuliert.

Souveräne Machtpolitik lässt sich davon nicht täuschen. Nach dem Abschuss einer russischen Maschine über Syrien durch türkische Raketen hatte der russische Präsident Putin mit einem Wirtschafts- und Tourismus-Embargo geantwortet; ein Dreivierteljahr später leistete Erdogan die geforderte Abbitte. Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes oder ein Aussetzen des Flugverkehrs zwischen EU und Türkei trafen die türkische Wirtschaft ins Mark und wären wirksamer als alle Verbalempörung, die nur der türkischen Propaganda nützt.

Quelle: „privat-depesche“ Nr. 12/48.Jahr vom 22.03.2017